Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 17.02.2022

Wiedereingliederung der SKK-Service GmbH: Wir nehmen die Verwaltung beim Wort

Die SSW-Ratsfraktion ist nicht unzufrieden mit den Ergebnissen ihrer Aktuellen Stunde zur Beschleunigung des Wiedereingliederungsverfahrens der Service-Beschäftigten in die GmbH des Städtischen Krankenhauses Kiel (SKK). Die Verwaltung sicherte zu, dass sie die Ratsversammlung umgehend informieren wird, wenn das Verfahren zur Rückführung der Beschäftigten in den TVöD beschleunigt werden kann. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Die Guten Neuigkeiten in der letzten Sitzung des Hauptausschusses – das positive Prüfergebnis über den rechtssicheren Weg der Service GmbH zurück ins SKK – haben uns dazu bewogen, eine Aktuelle Stunde für die heutige Sitzung der Ratsversammlung zu beantragen. Wir wollten angesichts der durchaus unerwarteten Neuigkeiten allen Beteiligten aus den Fraktionen und der Verwaltung die Gelegenheit geben, die Fortschritte im Verfahren zu bewerten. Dass sich die SSW-Ratsfraktion im Sinne der Beschäftigten der Service GmbH eine Beschleunigung der Wiedereingliederung und der damit einhergehenden Lohnangleichung wünscht, ist dabei kein Geheimnis. Die Servicebeschäftigten verdienen noch immer viel zu wenig; besonders vor dem Hintergrund der rapide steigenden Energiepreise und Transportkosten, die gerade bei Menschen mit niedrigem Einkommen für große Unsicherheit und finanzielle Engpässe sorgen.

Ein Ergebnis der aktuellen Stunde ist, dass einige Fraktionen die Eingliederungsfrist für die Service GmbH zum 01.01.2024 weiterhin für ausreichend halten. Wir danken Stadtrat Gerwin Stöcken für seine Zusage, dass die Ratsversammlung es als erstes erfährt, wenn der Fahrplan zu Wiedereingliederung der Service-Beschäftigten beschleunigt werden kann. Ebenso freuen wir uns über die Aussage, dass die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen werden, wenn wir sie brauchen. In

dieser Hinsicht werden wir die Verwaltung dann aber auch beim Wort nehmen. Das sind wir den Beschäftigten schuldig, die schon seit vielen Jahren auf ihre verdiente Lohnangleichung warten.“